

INTERVIEW

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Transformation des Ernährungssystems

Interview: Joël Adami

Das Projekt eines Ernährungsrates liegt auf Eis, weil sich die Regierung bisher nicht auf ein Modell einigen konnte. Im Interview mit der woxx erklärt Ernährungssoziologin Rachel Reckinger, wie ein solcher Rat idealerweise funktionieren sollte.

woxx: Was ist Ernährungsdemokratie und welche Rolle spielt ein Ernährungsrat darin?

Rachel Reckinger: Das seit der Nachkriegszeit aufgebaute und derzeitig dominierende Agrobusiness-Modell hat zur Ernährungssicherheit für lediglich einen Teil der Bevölkerung der entwickelten Länder geführt - mit erheblichen negativen externen Effekten. Das globale Ernährungssystem trägt insgesamt 30 Prozent zu klimaschädlichen Emissionen bei, das Problem des Welthungers bleibt ungelöst, Fettleibigkeit und ernährungsbedingte Erkrankungen nehmen zu, die globalen Ressourcenungleichheiten vergrößern sich, Tierwohl in der Nahrungsmittelproduktion ist noch lange nicht überall gewährleistet. Die Versorgung der Industrieländer mit Lebensmitteln ist abhängig von Importen, oftmals aus Ländern mit weniger strengen Umwelt- und Sozialstandards.

Um die beschriebenen Missstände umzukehren, ist eine ganzheitliche Transformation des Ernährungssystems, geleitet vom Ideal der Ernährungssouveränität, unerlässlich. Unter Ernährungssouveränität verstehen wir das Recht der Menschen und souveränen Staaten, ihre eigene Agrar- und Ernährungspolitik demokratisch zu bestimmen. Ziel ist es, die Vielfalt lokal erzeugter Lebensmittel zu erhöhen, um Importe so weit wie möglich zu vermeiden und regionale Alternativen zu fördern oder zu entwickeln. Dies soll in

einem demokratischen Prozess passieren, der Gerechtigkeit und Beteiligung insbesondere von Produzent*innen und Bürger*innen gewährleistet. Hierbei ist eine kohärente Ernährungspolitik erforderlich, wobei vielfältige, erschwingliche und gesunde lokale Lebensmittel gefördert werden sollen. Sie sollen zudem ökologisch produziert werden, und wirtschaftlich tragfähig sowie sozial verantwortlich sein. Des Weiteren sollen sie von nachweislich hoher Qualität sein und Lebensmittelverschwendung reduzieren.

Um dies zu erreichen, brauchen wir gemeinschaftliche Formen der Governance, die auf Fairness und starken ethischen Werten basieren. Es reicht nicht, Politiker*innen über die nationale Agrarpolitik oder die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) bestimmen zu lassen. Nein: Zusammen mit den Volksvertreter*innen müssen alle Akteure in den Ernährungssystemen aktiv die Ausrichtung einer kohärenten Ernährungspolitik mitgestalten können. Das ist eine partizipative Ernährungsdemokratie.

Ernährungsräte sind die wichtigsten Instrumente einer solchen Ernährungsdemokratie, die sich für Ernährungssouveränität einsetzt - also das Ideal eines gerechten, umweltverträglichen, resilienten und selbstbestimmten Ernährungssystems, das in einem demokratischen Prozess unter gleichberechtigter Beteiligung aller Akteure (und insbesondere Produzent*innen und Bürger*innen) gemeinsam erbaut wird.

Wie kann ein Ernährungsrat Ziele wie Ernährungssouveränität oder Nachhaltigkeit sicherstellen?

Die erste Rolle eines Ernährungsrats ist es, ein kollektives Bewusstsein für

diese Ideale zu entwickeln, gefolgt von deren Einforderung. Zunächst soll ein Ernährungsrat diese Ideale mit den betroffenen Akteuren definieren und so gemeinsam legitimieren. Darauf aufbauend soll eine Strategie mit einem verbindlichen Fahrplan und Etappenzielen festgelegt werden.

„Ein Ernährungsrat soll Projekte anstoßen, die auf eine Ernährungswende hinarbeiten.“

Anschließend wird eine empirische Bestandsaufnahme des Gebietes, in dem der Ernährungsrat tätig ist, durchgeführt, um herauszustellen, welche Strukturen bereits existieren, die auf eine nachhaltige Transformation des Ernährungssystems hinarbeiten. Gerade Nischen-Initiativen mit Visionen, die zwar noch nicht unbedingt fest etabliert sind, aber großes Veränderungspotenzial haben, sollen hierbei berücksichtigt werden. Anschließend sollen Projekte angestoßen und begleitet werden, die den Gap zwischen Ideal und Praxis konsequent verkleinern und beständig auf eine Ernährungswende hinarbeiten. Soziale Gerechtigkeit, Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Zugänglichkeit sollen hierbei immer im Blick bleiben. Sowohl die Entwicklung der Strategie, die Durchführung der empirischen Bestandsaufnahme, die Auswahl und Weiterentwicklung der Projekte als auch der gesamte unterliegende gemeinschaftliche Governance-Prozess sollten begleitend wissenschaftlich evaluiert werden.

Durch die partizipative Einbeziehung aller beteiligten Akteursgruppen und

ihre aktive Zusammenarbeit in regelmäßigen Treffen wird sichergestellt, dass die Ernährungswende einer gemeinsamen Vision folgt.

In vielen Ländern gibt es Ernährungsräte auf lokaler oder regionaler Ebene - würde ein nationaler Ernährungsrat im Licht dieser Erfahrungen Sinn ergeben?

Luxemburgs Fläche ist vergleichbar mit den Gebieten in größeren Ländern, in denen es regionale oder städtebasierte Ernährungsräte gibt. Vom Maßstabsvergleich betrachtet, macht die nationale Ebene hier also durchaus Sinn. Da es in Ernährungsräten letztlich um politische Mitgestaltung geht, ist es ebenfalls sinnvoll, Zugang zu politischen Strukturen mit Handlungsmacht zu haben. Ob allerdings die politischen Strukturen auf nationaler Ebene die erforderliche Partnerschaft auf Augenhöhe akzeptieren werden, ist aktuell hierzulande noch ungewiss.

Luxemburg ist politisch auch sehr eng in der Großregion vernetzt. Eine neue Studie hat gezeigt, dass Milchprodukte, Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Obst und Gemüse auf Ebene der Großregion in ausreichender Menge produziert werden, um den Bedarf des Außer-Haus-Verpflegungssektors in der Großregion bedeutend zu übersteigen - selbst dann wenn alle öffentlichen Kantinen der Großregion 100 Prozent lokal einkaufen würden. Allein bei Fisch, Geflügel und Tomaten gibt es derzeit Engpässe. Um die aktuellen logistischen und politischen Hindernisse beim Beschaffungsmanagement, der Marktorientierung, der Preispolitik und den nationalen gesetzlichen Regelungen anzugehen, könnte ein großregionaler Ernährungsrat durchaus sinnvoll sein. Dies wäre umso interessanter, weil Lu-

FOTO: COULEUR/PXNNO



Wie können vielfältige, erschwingliche und gesunde lokale Lebensmittel regional erzeugt werden? Ein Ernährungsrat könnte eine Lösung finden.

xemburgs Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln unzureichend ist, außer bei Rindfleisch und Milch.

Wie sollte ein Ernährungsrat in Luxemburg zusammengesetzt sein, damit die Entscheidungen, die er trifft, von allen Akteur*innen angenommen werden?

Luxemburg ist dabei, einen landesweiten Ernährungsrat zu gründen, der hoffentlich auf einer gemeinschaftlichen Governance basieren wird, um eine unabhängige, gleichberechtigte und partnerschaftliche Zusammenarbeit folgender Bereiche zu ermöglichen: Erstens Produktion, Verarbeitung, Gastronomie und Handel; zweitens Politik und Verwaltung; drittens Forschung und Zivilgesellschaft. Zusätzlich sollte eine teilnehmende, beobachtende, aber auch kritische wissenschaftliche Begleitung die Prozesse und Auswirkungen bewerten.

Wichtig ist, dass Vertreter*innen der jeweiligen Bereiche gleichberechtigt teilnehmen können und dass sie eine gelebte Ernährungssouveränität aktiv und aus Überzeugung mitgestalten möchten.

Aus diesem Grund sollten auch Mitglieder aus Ministerien vollwertige,

eingebundene Mitglieder sein. Sie können die Prozesse durch ihre direkte Beteiligung optimieren, indem sie von vornherein den legalen und politischen Machbarkeitsrahmen erläutern. Dennoch wird ihre Zustimmung zu Themen oder Aktivitäten, die während der Sitzungen des Ernährungsrates entschieden werden, nicht als Grundsatzvereinbarung ihres jeweiligen Ministeriums missverstanden.

„Die Probleme unseres Ernährungssystems lassen sich nicht auf Agrarpolitik reduzieren.“

Die Komplexität eines Ernährungsrates verlangt einen hohen Arbeitsinput und zeitlichen Aufwand. Zur Koordination und Aufbereitung der Arbeiten eines Ernährungsrates ist mindestens eine Vollzeitstelle nötig. Die Berücksichtigung der Positionierungen und Handlungsvorschläge des Ernährungsrates in der Gesetzgebungsprozedur muss zudem gewährleistet sein.

Das EU-geförderte Projekt FUSILLI implementiert derzeit einen lokalen Ernährungsrat für die Gemeinde Differdingen. Auch in der Nordstad gibt

es ähnliche Interessenbekundungen. Demnach zeichnen sich fruchtbare zukünftige Querverbindungen zwischen Ernährungsräten auf unterschiedlichen Ebenen in Luxemburg ab.

Im November 2019 haben Sie eine Umfrage unter Fachleuten aus der Ernährungsbranche durchgeführt. Wie soll die Vernetzung nach deren Wünschen aussehen?

Die meisten Befragten gaben an, dass sie nur ein begrenztes Wissen über Ernährungsräte haben. Daher sind Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung über das transformative Potenzial dieses Instruments weiterhin notwendig.

Die Befragten sollten auch die laut ihrer Meinung wichtigsten Ziele eines Ernährungsrates angeben. Die meistgenannten Ziele sind gleichzeitig auch die größten Stärken von Ernährungsräten: transdisziplinäre Zusammenarbeit und Vernetzung, Bildung und Bewusstseinsbildung sowie die Stärkung regionaler Produktion, Verarbeitung und Vermarktung. Ein weiterer Schwerpunkt der Antworten lag im Bereich nachhaltige Landwirtschaft sowie gesunde, biologische und fair gehandelte Erzeugnisse. Ein drittes Cluster betonte das Potenzial des Ernährungsrates, politischen Druck auszuüben, um

zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung beizutragen, Markttransparenz zu schaffen und die Zugänglichkeit zu Saatgut ohne Patente zu verbessern.

Auf die offene Frage, was bei der Gründung und in der Praxis des zukünftigen Ernährungsrates vermieden werden sollte, war die häufigste Antwort, dass vor allem ein Mangel an Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren vermieden werden muss. Zudem meinen die Befragten, dass eine Behinderung der Dynamik und Arbeit des Ernährungsrates, sowie die Priorisierung einzelner Gruppen und die Umsetzung individualistischer Ziele vermieden werden sollten.

Wie die Landwirtschaft von morgen aussehen wird, darüber gibt es viele Konflikte: So fordern NGOs mehr Biolandwirtschaft, die Landwirtschaftskammer sieht das aber als utopisch an. Gerade beim Thema GAP-Reform scheiden sich die Geister. Wäre ein Ernährungsrat das geeignete Instrument, um die Agrarpolitik aus dieser Sackgasse herauszumanövrieren?

Die Probleme unseres Ernährungssystems lassen sich nicht auf Agrarpolitik reduzieren. Der im deutschen Raum gebräuchliche Begriff der „Agrar- und

INTERVIEW

ZUR PERSON

Dr Rachel Reckinger ist Ernährungssoziologin und Kulturanthropologin. Sie leitet das Forschungsprojekt Nachhaltige Ernährungspraktiken an der Universität Luxemburg (<https://food.uni.lu>)

Ernährungspolitik“ verdeutlicht die Wechselwirkungen dieser Bereiche. Darüber hinaus brauchen wir einen ganzheitlichen Fokus, der Umwelt- und Klimafragen, Ungerechtigkeitsstrukturen wie beispielsweise in Lieferketten, internationale Handelsabkommen und regionale Kreisläufe, aber auch Gesundheitsthemen, Bildung sowie Landesplanung einbezieht.

Aus diesem Grund gibt es derzeit Bemühungen, auf europäischer Ebene die GAP durch eine Common Food Policy zu ersetzen, wozu auch ein Ernährungsrat auf europäischer Ebene angedacht ist, und derzeit von Prof. Dr. Olivier de Schutter (ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung und aktueller UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und extreme Armut) gefördert und vorangebracht wird.

Luxemburg ist klein, und obwohl regional produzierte Lebensmittel einen Aufschwung zu erleben scheinen, dominieren große Lebensmittelkonzerne. Kann ein Ernährungsrat hier überhaupt Abhilfe schaffen?

Gerade kleinere Staaten können agiler handeln. Aufgrund seiner überschaubaren Fläche und seiner multikulturellen Bevölkerung eignet sich Luxemburg besonders gut für innovative Experimente. Luxemburg kann eine von vielfältigen Interessengruppen entworfene und getragene Ernährungspolitik aufbauen, Wertschöpfungskreisläufe auf kooperative Weise nachhaltiger gestalten und verkürzen sowie Diversifizierung und kollektives Lernen fördern. Zudem kann Luxemburg sein politisches und wirtschaftliches Gewicht auf internationaler Ebene nutzen, um Best Practices für Ernährungssouveränität voranzutreiben.

Es ist nicht nur eine Frage der Zusammenarbeit von „kleinen“ und „großen“ Lebensmittelkonzernen, sondern es geht vielmehr darum, ein kollektives Verständnis dafür zu entwickeln, dass

sämtliche Akteure des Ernährungssystems in die Transformation eingebunden werden müssen. Dafür brauchen wir gemeinschaftliche Governance-Modelle, die auf Fairness und ethischen Werten basieren, wie eben in der Form eines Ernährungsrates. Ernährungs- und übrigens auch Klimasouveränität kann nur erreicht werden, wenn staatliches Handeln, unternehmerische Innovationen und zivilgesellschaftliche Initiativen kollektiven Handelns zusammengeführt werden.

„Wir brauchen gemeinschaftliche Governance-Modelle, die auf Fairness und ethischen Werten basieren.“

Können Akteure wie Einzelhandel oder Gastronomie überhaupt aus ihrem Profitdenken raus und im Sinne der Ernährungsdemokratie handeln?

Eine ethische, ganzheitliche Transformation des Ernährungssystems hin zum Ideal der Ernährungssouveränität bedeutet nicht zwingend ein Verlustgeschäft - im Gegenteil. Durch Umstrukturierungen der Kreisläufe und innovative Diversifizierungen werden vielfältige, zukunftsfähige Ertragsmöglichkeiten geschaffen. Hierzu müssten konkrete politische Garantien für Unternehmen in Transitionsphasen gegeben sein, mit einer niedrighschwelligem Anlaufstelle für Beratung, Erfahrungsaustausch und Lösungsangebote.

Es müsste auch viel mehr kommuniziert werden, dass in den wirtschaftlich errechneten, monetären Gewinnen einzelner Konzerne und sogar dem BIP die Kosten der negativen Externalitäten nicht mit eingerechnet sind, die das heute dominante Ernährungssystem vor allem im Sozial- und Umweltbereich produziert. Diese Kosten werden gesellschaftlich getragen. Solidarität



FOTO: SOPHIE MARGUE

müsste in einer Ernährungsdemokratie im Sinne der Gemeinwohlökonomie in beide Richtungen laufen: negative Externalitäten werden kollektiv übernommen, Verantwortlichkeiten gemeinsam getragen und positive Resultate werden transparent und öffentlich diskutiert, damit Best Practices sich möglichst viel verbreiten können.

In letzter Zeit scheint die Luxemburger Regierung gerne „Bürgergeräte“ oder ähnliche Instrumente einzusetzen, die zwar demokratisch wirken, jedoch wenig Gestaltungsspielraum haben. Ist die Gefahr dieser Instrumentalisierung einem Projekt wie dem Ernährungsrat nicht inhärent?

Das Risiko einer Instrumentalisierung oder auch einer hegemonialen Vereinnahmung solcher Gremien ist in der Tat real. Eine solche Entwicklung muss schon in der Entstehungsphase erkannt, kritisch reflektiert und partnerschaftlich angegangen werden. Vor allem muss schriftlich und verbindlich verankert werden, wie diesen Risiken

begegnet werden kann, und welche Handlungsmöglichkeiten dem Gremium im Fall einer solchen Grenzüberschreitung zur Verfügung stehen.

Monopolisierungsansprüche sind ein Ausschlusskriterium in einem gemeinschaftlichen Governance-Modell, das vielmehr auf einer kritischen Unabhängigkeit basiert, die die Positionen aller Beteiligten berücksichtigt. Das Miteinander auf Augenhöhe ist in einem Ernährungsrat keine Höflichkeitsfloskel, sondern ein unabdingbarer Anspruch an eine funktionierende Ernährungsdemokratie, damit sie das existenzielle Ziel der Ernährungssouveränität verwirklichen kann.

Aroma-Studie zur Nahrungsmittelproduktion in der Großregion: woxx.eu/aroma
Projekt FUSILLI in Differdange: woxx.eu/fusilli
EU Common Food Policy: woxx.eu/commonfood